

Bündnis „Ernährungswende in Frankfurt“
Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl 2026

Antworten der CDU Frankfurt am Main

1. Maßnahmen für den Erhalt und die Stärkung der Bio-regionalen Wertschöpfungsketten und der Ernährungssouveränität

Fragen:

1. Wie möchte Ihre Partei in der nächsten Amtsperiode konkret dazu beitragen, den Anteil an regional erzeugten Bio-Produkten in der Frankfurter Gemeinschaftsverpflegung zu erhöhen und regionale Wertschöpfungsketten zu stärken – mit Blick auf Gesundheit, Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit in Krisenzeiten?

Den regionalen, wohnortnahen Anbau von Lebensmitteln wollen wir durch den Erhalt von örtlichen Landwirtschaftsflächen und die Unterstützung von Selbstvermarktung, beispielsweise über Hofläden und Wochenmärkte, stärken.

2. Wie kann die Stadt Frankfurt als Arbeitgeberin mit gutem Beispiel voran gehen und für gesunde, bioregionale Versorgung der Mitarbeitenden sorgen?

Es können Caterer, die ihre Nahrungsmittel und Vorprodukte von regionalen Produzenten beziehen, beauftragt und Kooperationen mit lokalen Betrieben geschlossen werden.

3. Wird ihre Partei die Zertifizierung als nachhaltiges Reiseziel und die Ausweitung der teilnehmenden gastronomischen Betriebe unterstützen?

Ja

4. Werden Sie in ihrer Amtszeit das Foodtura Festival und andere niedrigschwellige B2B und B2C Formate zur Förderung von bio-regionaler Ernährung unterstützen?

Ja

2. Verbesserung der städtischen Schul- und Kitaverpflegung und Unterstützung durch strategische Ausschreibungen

Fragen:

1. Wie werden Sie sich für Maßnahmen einsetzen, mit denen das bestehende System europaweiter Neuausschreibungen im Sinne der ökologischen, pädagogischen, sozialen und regionalwirtschaftlichen Ziele verbessert werden kann?

Die CDU-Fraktion setzt sich dafür ein, dass Ausschreibungen im Bereich der Schulverpflegung effektiver, transparenter und qualitativ hochwertiger werden – im Interesse der Schulen, der Eltern und der Kinder. Bereits jetzt sind in den städtischen Vergabeverfahren zur Schulverpflegung Qualitäts- und Leistungsstandards verankert, die ökologische Kriterien und das Thema Nachhaltigkeit (z.B. Bio-Produkte sowie faire, saisonale und regionale Erzeugung) ausdrücklich berücksichtigen. Diese Standards sollen im Dialog mit Caterern, Schulen und Elternvertretern regelmäßig geprüft und bei Bedarf angepasst werden. Bei wiederholtem Nichterfüllen der vereinbarten Standards soll es ein außerordentliches Kündigungsrecht zur Auflösung des Vertrags mit einem Caterer geben. Wiederholt schlechte Anbieter sollen dauerhaft von Ausschreibungen ausgeschlossen werden. Darüber hinaus sollen alle wichtigen und vertraglich vereinbarten Qualitäts- und Leistungsstandards offengelegt werden, damit Schulen, Elternvertreter und Öffentlichkeit nachvollziehen können, nach welchen Maßstäben bewertet wird und ob die Standards an den jeweiligen Schulen und Kitas eingehalten werden. Ausschreibungen müssen zu greifbaren Verbesserungen beim Schulessen führen.

2. Wie könnte für Sie ein niedrighschwelliger Einstieg in die Selbstverwaltung über ein Pilotprojekt mit mehreren Schulen aussehen?

Die CDU-Fraktion ist offen für innovative Ansätze, um die Partizipation von Schulen, Schülern und Eltern im Bereich Schulverpflegung zu stärken. Ein niedrighschwelliger Einstieg könnte aus Sicht der CDU so gestaltet werden, dass allen Schulen eine App oder elektronische „Feedback-Ampel“ zur Verfügung gestellt wird, mit der Schülerinnen und Schüler das Schulessen unkompliziert, anonym und unmittelbar bewerten können, ohne aufwendig neue bürokratische Systeme zu schaffen. So könnte die Mitsprache ohne neue bürokratische Strukturen gestärkt werden. Caterer und Schulleitungen erhielten somit auch die Möglichkeit, umgehend auf Beschwerden reagieren und Verbesserungsmaßnahmen einleiten zu können. An den Schulen, an denen es

Mischküchen gibt und frisch gekochtes Essen angeboten werden kann, sind die Schüler auch mehrheitlich zufriedener mit dem Angebot. Aus Sicht der CDU-Fraktion sollten – gerade auch im Hinblick auf die Umsetzung des Ganztags – Küchen und Mensen von Schulen weiter ausgebaut werden. Da der Einstieg in eine vollständig kommunale Selbstverwaltung der Schulverpflegung ohne externe Dienstleister vom Magistrat bislang nicht angestrebt wurde, hat die CDU-Fraktion sich dazu noch keine Meinung gebildet. Hierzu bedarf es einer sorgfältigen Abwägung aller Vor- und Nachteile.

3. Welche Möglichkeiten sehen Sie, dem Mittagessen in Schulen im Rahmen des zukünftigen Ganztagesangebots einen qualitativ und zeitlich guten Rahmen zu geben?

Die Qualität der Schulverpflegung und ausreichend Zeit zum Essen sind zentrale Bausteine eines erfolgreichen Ganztagsbetriebs. Die CDU fordert den zügigen Ausbau von Räumen und Infrastruktur, damit Mensa-Kapazitäten ausgebaut werden und Ganztags Schüler ausreichend Platz und Zeit zum Essen haben. Schulessen soll qualitativ hochwertig, gesund und abwechslungsreich sein, orientiert an den empfohlenen Standards (z. B. DGE-Richtlinien). Diese sollen aber praxisnah ausgestaltet werden, damit sie realistisch umsetzbar bleiben und das Essen den Kindern und Jugendlichen auch schmeckt. Durch niedrigschwellige, täglich nutzbare digitale Feedbacksysteme lassen sich Angebot und Service kontinuierlich verbessern, was insbesondere im Ganztagsbetrieb von Bedeutung ist. Ausschreibungskriterien sollen im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten so gestaltet werden, dass auch kleinere, regionale Betriebe eine Möglichkeit haben sich an den Ausschreibungen zu beteiligen, die die Schulgemeinden meist sehr persönlich betreuen und auf individuelle Bedürfnisse eingehen können.

4. Welche Möglichkeiten sehen Sie über städtische Kitas ein Pilotprojekt zu gesunder Ernährung mit den vom Bund geforderten 30% Bioanteil umzusetzen?

Die CDU-Fraktion unterstützt gute und gesunde Ernährung in Kindertageseinrichtungen. Im Rahmen der M 27/2020 hat die Stadtverordnetenversammlung bereits eine Anpassung der städtischen Leistungskriterien für die Essensversorgung an Frankfurter Schulen beschlossen. Hier heißt es: „Das Leistungsverzeichnis der Stadt Frankfurt zum Betrieb einer Mischküche sowie Warmanlieferung soll weiterhin durch folgende Änderungen ergänzt werden: Erhöhung des geforderten Anteils von Lebensmitteln aus zertifizierter ökologischer Erzeugung von 10% auf 30% des Gesamtwareneinsatzes. Ein darüber hinaus gehender Bio-Anteil ist wünschenswert.“ Eine signifikante Abweichung der

Qualitätskriterien für die Verpflegung in den städtischen Kindertagesstätten von denen der Schulen ist uns bislang nicht bekannt.

3. EU-Verbot von Einwegverpackungen und Maßnahmen auf kommunaler Ebene zur Abfall-vermeidung

Fragen:

1. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um Einwegverpackungen bzw. Einweggeschirr bei öffentlichen Veranstaltungen zu reduzieren?

Wir wollen Mehrwegsysteme stärken, etwa mit einem Förderprogramm „Mehrweg in Frankfurt“.

2. Welche Möglichkeiten sehen Sie, um zum Überleben der Unverpacktläden als Leuchtturmkonzepte für die angestrebten Zero-Wast-Ziele zu sichern?

Basis für den wirtschaftlichen Erfolg von Geschäften ist immer, aus eigener Kraft durch attraktive Angebote Kunden zu gewinnen und zu halten. Mit Beratung durch die die Wirtschaftsförderung Frankfurt oder durch Kooperationen innerhalb der Branche könnten Wege für die Sortimentsauswahl und zur Erhöhung der Bekanntheit gefunden und umgesetzt werden, um Kunden zu erreichen. Unverpacktläden könnten bei städtischen Veranstaltungen in den Stadtteilen zusammen mit dem anderen lokalen Gewerbe Präsentationsmöglichkeiten erhalten.

3. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die Durchsetzung des Einwegplastikverbots und der Mehrwegangebotspflicht zu ermöglichen?

Wir setzten auf die Förderung von Alternativen durch Wettbewerb und Förderprogramme für Mehrwegsysteme.

4. Wie soll das Mehrwegsystem der FES Frankfurt weitergeführt werden?

Durch weitere gastronomische Partnerbetriebe und Öffentlichkeitsarbeit sollten das Mehrwegangebot vergrößert und Kunden auf dieses Angebot aufmerksam gemacht werden. Wir unterstützen die FES dabei, weitere Innovationen zur Vermeidung von Einweggefäßen und zur Stärkung der Zero-Waste-Strategie zu entwickeln und umzusetzen.

5. Sind ähnliche Initiativen zur Förderung der Verringerung von Verpackungsmüll geplant?

Wir sind bereit, solche Initiativen, die eine marktwirtschaftliche Grundlagen haben und die gemeinsam mit dem Gewerbe angestoßen und erarbeitet werden sollten, positiv zu begleiten und Ansätze mit zu entwickeln.

6. Wie lassen sich regionale Kooperationen, die Effizienz und die Reichweite verbessern?

Verbesserungen wären durch regionale Mehrweg-Netzwerke von Handel, Gastronomie und Kommunen mit dem Ziel „Ein Becher oder Behälter – viele Rückgabestellen“ möglich. Dabei sollten regionale Wirtschaftskreisläufe eingebunden werden, durch die auch bei Logistik und Reinigung lokale Betriebe profitieren.

4. Lebensmittelverschwendung

Fragen:

1. Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um Verschwendung in der Außerhausverpflegung zu erfassen und zu reduzieren?

Die Reduzierung von Lebensmittelabfällen sollte im eigenen Interesse der Anbieter von Gemeinschaftsverpflegung liegen. Die Stadt Frankfurt sollte als Kunde von Caterern, Betriebskantinen etc. eine entsprechende Betriebsphilosophie und Qualifizierung des Personals verlangen.

2. Würden Sie ein verbindliches Monitoring von Lebensmittelabfällen in kommunalen Einrichtungen (z. B. Kitas, Schulen, Krankenhäusern, Kantinen) einführen?

Den Einrichtungen soll keine zusätzliche Bürokratie auferlegt werden. Freiwilligkeit nach einer Sensibilisierung der Einrichtungen wäre ein guter Weg.

3. Ab wann würden Sie dieses einführen?

4. Planen Sie Kooperationen mit Lebensmittelrettungsinitiativen strukturell zu unterstützen oder auszubauen?

Wir sehen Kooperationen mit Lebensmittelrettungsinitiativen positiv.

5. Wie sehen diese Kooperationen aus?

Es könnte lokale Runde Tische geben, an denen Lebensmittelrettungsinitiativen, städtische Behörden und Handelsunternehmen Strategien zur Reduzierung von Lebensmittelverschwendung erarbeiten.

6. Welche quantitativen Reduktionsziele (z. B. in Prozent) setzt sich Frankfurt für die Außer-Haus-Verpflegung bis 2030?

Frankfurt sollte sich wie viele andere Kommunen kein quantitatives Reduktionsziel setzen, da Lebensmittelabfälle überwiegend außerhalb der städtischen Steuerung entstehen. Der Fokus sollte auf Maßnahmen (Sensibilisierung von Gastronomie und Kantinen, Unterstützung von Lebensmittelrettungsinitiativen, Mehrweg etc.) statt auf Zielgrößen liegen.

7. Wie soll die Zielerreichung überprüft werden?

8. Wie kann das Engagement gegen Lebensmittelverschwendung in der Außerhausverpflegung in die Zero-Waste-Strategie der Stadt Frankfurt integriert und finanziell abgesichert?

Darüber beraten wir noch.

5. Einsatz zur Schaffung einer zuständigen Stelle für das Thema Nachhaltige Ernährung in der Stadt Frankfurt am Main zu u.a. der Erarbeitung einer kommunalen Ernährungsstrategie.

Fragen:

1. Wie wollen Sie sich dafür einsetzen, dass die zuständigen Dezernate und Ämter die gemeinsamen Ziele rund um das Thema gesunde und nachhaltige Ernährung koordiniert verfolgen?

Um Erfolg zu haben, müssen Zuständigkeiten klar geregelt sein. Ein Dezernat muss

federführend für die kommunale Ernährungsstrategie verantwortlich sein und dabei auch die Zusammenarbeit koordinieren.

2. Setzen Sie sich beispielsweise für eine zentrale zuständige Stelle für das Querschnittsthema "Nachhaltige Ernährung" in der Stadt Frankfurt am Main ein, die u.a. für eine kommunale Ernährungsstrategie und als Anlaufstelle für Anliegen der Bürgerschaft, der Vereine, Verbände und sonstigen privaten und öffentlichen Initiativen/Anfragen zuständig ist?

Ja, siehe die Antwort zur vorausgegangenen Frage.

6. Maßnahmen zur Erhaltung von fruchtbaren Böden und zur Förderung ökologisch bewirtschafteter (städtischer) Landwirtschaftsflächen

Fragen:

1. Wie wollen Sie fruchtbare Ackerflächen in und um Frankfurt vor Versiegelung und zur Lebensmittelversorgung, als Frischluftschneise, Wasserfilter, Klimagasspeicher und Biodiversitätsnische für zukünftige Generationen sichern?

Die fruchtbaren Ackerflächen in Frankfurt sind für uns wichtig. Ihren Schutz realisieren wir vor allem mit planungsrechtlichen Mitteln, bei Landwirtschaftsflächen im Eigentum der Stadt kann Frankfurt selbst entscheiden.

2. Welche Möglichkeiten sehen Sie, um die Umstellung auf den Ökolandbau auf städtischen und auf anderen Landwirtschaftsflächen in Frankfurt zu begünstigen?

Wir unterstützen einen auf Förderung und nicht auf Zwang aufgebauten Weg, der die konventionell und verantwortungsvoll wirtschaftende Landwirtschaft beteiligt und nicht übergeht. Marktanreize, etwa bessere Absatzmöglichkeiten für Bio-Produkte und eine öffentliche Nachfrage in Kantinen können den Ökolandbau fördern. Außerdem gibt es EU-Agrarförderinstrumente.

3. Setzen Sie sich beispielsweise für die Bevorzugung von ökologisch erzeugten Lebensmitteln aus dem Stadtgebiet oder unmittelbaren Umland, z.B. in öffentlichen Kantinen oder der privaten Gastronomie, ein?

Ökologisch erzeugte Lebensmittel müssen aus sich selbst heraus qualitativ und preislich überzeugen. Anbietern und Kunden könnten auf das Angebot aufmerksam

gemacht werden.

4. Wie genau sieht Ihr Einsatz dazu aus?

Bei geeigneten Anlässen kann die städtische Öffentlichkeitsarbeit auf Vorteile regional erzeugter Lebensmittel hinweisen.

7. Angebot von bio-regionalen Lebensmitteln auf den Frankfurter Wochenmärkten

Fragen:

1. Mit welchen Maßnahmen will die Stadt erreichen, dass Bürger:innen vermehrt bioregionale Lebensmittel auf den Wochenmärkten finden können und einkaufen?

Die Kunden müssen wissen, dass bio-regionale Lebensmittel angeboten werden. Veranstalter von Wochenmärkten sollten daher gemeinsam mit der Landwirtschaft über die Angebote informieren. Eine Steigerung der Nachfrage wie auch Anreize zur Selbstvermarktung führt dann auch zu einem größeren Angebot.

2. Ist eine Subventionierung der Stände für bio-regionale Erzeuger:innen geplant und wenn ja, in welchem Rahmen?

Nein

8. Etablierung eines House of Food als Umschlagsplatz durch den Ernährungsrat Frankfurt.

Fragen:

1. Wie will Ihre Partei in der nächsten Amtsperiode die Etablierung und langfristige Förderung des House of Food Frankfurt unterstützen – etwa durch die Bereitstellung einer Immobilie oder die strukturelle Einbindung in die städtische Ernährungs- und Nachhaltigkeitspolitik?

Die Zielsetzung, Landwirte aus dem Umland mit Frankfurter Kantinen zusammenzubringen, um so den Anteil an bio-regionalen Lebensmitteln in der

Gemeinschaftsverpflegung zu erhöhen, unterstützen wir. Ein House of Food Frankfurt (HoFF) sehen wir positiv, zumal bei einer unruhiger werdenden Weltlage damit auch Vorsorge für die Lebensmittelversorgung bei Katastrophenlagen getroffen werden kann. Wie die Gründung und der Betrieb eines HoFF unter mit den Möglichkeiten der Stadt Frankfurt unterstützt werden kann, ist noch Gegenstand der Diskussion.

2. In welcher Weise soll die Stadt Frankfurt, das Ihrer Meinung nach in Zukunft unterstützen?

Siehe die Antwort auf die vorangegangene Frage.

9. Maßnahmen zur Förderung von gemeinnützigen kommunalen Stadtteilküchen zur Stärkung der Ernährungssicherheit in Frankfurt.

Frage:

1. Durch welche Maßnahmen wollen Sie die Einrichtung kommunaler Stadtteilküchen (in Berlin z.B. "Lebensmittelpunkte" mit weit größerem Angebot) ermöglichen und bereits bestehende, meist ehrenamtlich getragene Angebote zuverlässig fördern?

Die Initiative für Stadtteilküchen sollte von örtlichen Vereinen, Einrichtungen etc. kommen. Wenn überzeugende Konzepte vorgeschlagen werden, sind wir für eine Unterstützung offen.